



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 20/80

Berlin

14. Mai 1980

47. Jahrgang

Verteilungs- und familienpolitische Aspekte der Pläne zur Rentenreform 1984

Ein Plädoyer für die ausreichende Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung bei der Teilhaberrente

Im Vordergrund der politischen Diskussion um die Rentenreform 1984 stehen gegenwärtig Pläne, die nicht kostenneutral verwirklicht werden können. Auch wenn die Rentenfinanzierung zur Zeit gesichert ist, zeigt die für 1981 vorgesehene Beitragserhöhung von 18 auf 18,5 vH die mittelfristig zu erwartenden Schwierigkeiten. Die Verteilungswirkungen des gesamten Vorhabens sind nur schwer zu durchschauen. Folgende Konsequenzen sind jedoch eindeutig: Bevorzugt werden Haushalte mit nicht erwerbstätigen Ehefrauen, und zwar um so mehr, je höher das Einkommen ist. Benachteiligt werden in erster Linie erwerbstätige Ehefrauen, deren Männer nur niedrige Einkommen erhalten haben sowie unverheiratete Beitragszahler, bei denen sich die Relation zwischen eigenen Beiträgen und möglichen Rentenzahlungen verschlechtert. Das mittlerweile allgemein anerkannte Ziel, die Zeiten der Kindererziehung zu berücksichtigen, kann nicht nachhaltig verfolgt werden, da auch in Zukunft die Mittel für die Ausweitung der Bundeszuschüsse knapp bleiben werden. Es ist kaum vorstellbar, daß diese Konsequenzen beabsichtigt sind. Selbst wenn der Grundsatz der Teilhaberrente aufrechterhalten wird, sollte dieser so modifiziert werden, daß diese Nachteile vermieden werden und die Zeiten der Kindererziehung bei der Rente ausreichend angerechnet werden können.

„Teilhabe an 70 vH der Gesamtversorgung“: Teuer und von fragwürdigen Konsequenzen

Die Vertreter der meisten großen gesellschaftlichen Gruppen haben sich für eine Reform der Hinterbliebenenversorgung im Sinne des folgenden Vorschlags ausgesprochen: Die Witwe oder der Witwer sollen im Alter oder bei Invalidität 70 vH der gesamten Anwartschaften erhalten, die beide Ehepartner bei der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) angesammelt haben (Gesamtversorgungsrente), mindestens aber 100 vH der durch eigene

Beitragsleistungen erworbenen Ansprüche (Garantierung)¹.

Bisher erhält die Witwe 60 vH der Rente ihres verstorbenen Mannes. Rund zwei Drittel des Kreises

¹ Es handelt sich hierbei um den Vorschlag der „Gruppe 3“ der Sachverständigenkommission für die soziale Sicherung der Frau (84er-Kommission). Vorschläge zur sozialen Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen. Gutachten der Sachverständigenkommission vom 21. Mai 1979, S. 47, Ziff. 123.

Tabelle 1

Rentenleistungen 1979 an Männer und Frauen¹⁾ der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten nach Rentenarten

| Leistungsarten | Zahl der Rentenfälle ²⁾ in 1 000 | | | Rentenleistungen in Mill. DM | | | Durchschnittl. Rentenbeträge in DM monatlich | | |
|-------------------------------------|--|---------------------|---------|---------------------------------|----------------------|-----------------------|---|-------------------|---------|
| | Männer | Frauen | Insges. | Männer | Frauen | Insges. ³⁾ | Männer | Frauen | Insges. |
| <u>Versichertenrenten</u> | 3 738 | 4 140 | 7 878 | 51 340 | 22 727 | 74 066 | 1 145 | 458 | 783 |
| Berufsunfähigkeit | 75 | 137 | 212 | 563 | 406 | 969 | 629 | 247 | 382 |
| Erwerbsunfähigkeit | 640 | 1 051 | 1 691 | 7 063 | 4 012 | 11 075 | 920 | 318 | 546 |
| Altersruhegeld | 3 024 | 2 952 | 5 976 | 43 714 | 18 309 | 62 022 | 1 205 | 517 | 865 |
| Vom 65. Lebensjahr an | 2 150 | 1 812 | 3 962 | 29 290 | 9 048 | 38 337 | 1 135 | 416 | 806 |
| Vorgezogenes Altersruhegeld insges. | 874 | 1 140 | 2 013 | 14 424 | 9 261 | 23 685 | 1 376 | 677 | 980 |
| <u>Hinterbliebenenrenten</u> | | | 4 186 | | | 29 248 | | | 582 |
| Witwenrenten | 8 | 3 651 | 3 659 | 44 | 27 599 | 27 643 | 448 | 630 | 630 |
| "kleine" Witwenrenten | - | 24 | 24 | - | 81 | 81 | - | 279 | 279 |
| "große" Witwenrenten | 8 | 3 627 | 3 635 | 44 | 27 518 | 27 562 | 448 | 632 | 632 |
| Waisenrenten | - | - | 528 | - | - | 1 604 | - | - | 253 |
| Halbwaisen | - | - | 511 | - | - | 1 531 | - | - | 250 |
| Vollwaisen | - | - | 16 | - | - | 73 | - | - | 377 |
| Renten insgesamt | ⁴⁾ 3 746 | ⁴⁾ 7 791 | 12 065 | ⁴⁾ 51 383 | ⁴⁾ 50 326 | 103 314 | ⁴⁾ 1 143 | ⁴⁾ 538 | 714 |

1) Die Rentenleistungen und die Zahl der Rentenfälle wurden den Ergebnissen der Rentenbestandsaufnahme zum 1.1.1979 und 1.1.1980 entsprechend auf Zahlungen an Männer und Frauen aufgeteilt.- 2) Von der Deutschen Bundespost gezahlte Renten. Jahresdurchschnitt.- 3) Vorläufige Ergebnisse.- 4) Ohne Waisenrenten. Abweichungen in den Ergebnissen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Bundesarbeitsblatt, Heft 2/1980, S. 130, Heft 3/1980, S. 93.- Die Rentenbestände in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in der Bundesrepublik Deutschland. Stand: 1.1.1979 und 1.1.1980 (in Vorbereitung).- Eigene Berechnungen.

aller Frauen mit einer Hinterbliebenenversorgung der GRV beziehen zur Zeit nur eine Rente, haben also keine zusätzliche Versorgung der GRV aufgrund eigener Beitragsleistungen. Allein die Anhebung dieser Renten von 60 auf 70 vH würde derzeit rund 3 Mrd. DM kosten².

Sehr viel schwerer sind die Folgen der Neuregelung bei den Witwen mit zwei Renten abzugreifen. Die Reform bleibt nur dann ohne finanzielle Auswirkungen, wenn die Rente des Mannes (R_M) das Dreifache der Eigenrente der Frau (R_F) betrug:

$$0,6 R_M + R_F = 0,7 (R_M + R_F)$$

$$R_M : R_F = 3 : 1$$

Bei niedrigen Eigenrenten erhalten die Witwen mehr (bis hin zum Maximum von + 16,67 vH für Witwen ohne Eigenrente); bei höheren Eigenrenten verringern sich die Bezüge gegenüber geltendem Recht um bis zu 20 vH³. (Vgl. Tabellen 3 und 4)

Für Witwer gilt die Neuregelung analog, doch werden Erhöhungen in weit geringerem Umfang eintreten, da meist der Ehemann die erheblich größeren Rentenansprüche hat. Aufgrund der Garantie-

regelung treten bei Witwern — im Gegensatz zur Situation berufstätig gewesener Witwen — keine Kürzungen der Bezüge durch die Einführung der Gesamtversorgungsrente auf.

² Im folgenden wird davon ausgegangen, daß die „kleinen“ Witwenrenten (bisher an Frauen ohne Kinder vor Vollendung des 45. Lebensjahres gezahlt) wegfallen, aber alle bisherigen „großen“ Witwenrenten (bisher an Frauen mit Kindern und/oder nach Vollendung des 45. Lebensjahres gezahlt) nach den Konzepten der Teilhaberente oder der Rente wegen Kindererziehung oder vorgerückten Alters berechnet werden sollen, (vgl. Gutachten der Sachverständigenkommission, a.a.O., S. 62 ff.). Die Ausführungen im Text beziehen sich daher ausschließlich auf die Fälle der bisherigen „großen“ Witwenrenten.

³ Die Einbußen betragen maximal rund 20 vH, da die Gesamtrente nicht kleiner sein soll als die Eigenrente der Frau. Das Maximum ergibt sich aus

$$R_F = 0,7 (R_M + R_F),$$

das bedeutet

$$R_M : R_F = 3 : 7 \quad \text{oder} \quad R_M = 3/7 R_F.$$

Die hier entstehende Differenz beträgt dann

$$\Delta R_F = (0,6 \cdot R_M + R_F) - R_F = 0,6 \cdot 3/7 R_F = 0,257 R_F$$

oder bezogen auf die Renten nach geltendem Recht

$$\Delta R_F = \frac{0,6 \cdot 3/7}{1 + 0,6 \cdot 3/7} \cdot (0,6 R_M + R_F) = 0,2045 (0,6 R_M + R_F).$$

Begründet wird das Konzept der Gesamtversorgungsrente mit einer Argumentation, die sich – neben der Forderung nach Gleichbehandlung von Witwen und Witnern – an dem Gedanken der Aufrechterhaltung des Lebensstandards des Rentenempfängers, also einem Bedarfsgesichtspunkt, orientiert: Nach dem Tode des Ehepartners soll der Lebensstandard des Hinterbliebenen materiell nicht sinken; allgemein wird unterstellt, daß diese Bedingung erfüllt sei, wenn der allein Lebende etwa 70 vH des Einkommens erhält, das zuvor beiden Eheleuten gemeinsam zur Verfügung gestanden hatte. Diese Forderung kann sich jedoch zu anderen Zielen – wie der Forderung nach einem ausreichenden Versorgungsniveau und nach der Beitragsäquivalenz oder „Leistungsgerechtigkeit“ – im Widerspruch befinden.

Bevorzugung von Witwen ohne Beitragsleistungen – krasse Verletzung der Beitragsgerechtigkeit

1979 wurden 27,5 Mrd. DM, also immerhin mehr als ein Viertel der gesamten Rentenausgaben, für die „großen“ Witwenrenten benötigt (vgl. Tabelle 1). Bekanntlich wird für die Versicherung der nicht erwerbstätigen Hausfrauen kein besonderer Beitrag erhoben; der Ehemann muß den gleichen Anteil seines Einkommens an die Rentenversicherung entrichten wie alle übrigen Erwerbstätigen.

Da die Rentenausgaben eines Jahres im wesentlichen aus den Beitragseinnahmen derselben Periode bezahlt werden, finanzieren alle erwerbstätigen Versicherten mit einem Teil ihres Beitrags auch die Witwenrenten, sorgen also stets auch für die Versicherung der nichterwerbstätigen, verheirateten Hausfrau. Außer für Ehemänner gilt dies auch für alle übrigen Erwerbstätigen, die im Verlauf ihres Lebens nicht heiraten oder aus anderen Gründen nicht vom System der Hinterbliebenenversorgung profitieren können. Es besteht kein Zweifel, daß hieraus eine – bisher allerdings beabsichtigte – Verletzung der Prinzipien der Beitragsäquivalenz oder „Leistungsgerechtigkeit“ folgt: Verheiratete Männer „vererben“ in der Regel ihren Rentenanspruch an die überlebende Ehefrau, die im Durchschnitt bei den Arbeitern knapp vier, bei den Angestellten mehr als fünf Jahre jünger ist und außerdem eine erheblich höhere Lebenserwartung hat (vgl. Tabelle 2). Daher steht den Beitragszahlungen verheirateter Männer ein deutlich größeres Volumen an Rentenzahlungen über die Lebensdauer der Witwen hinweg gegenüber, als dies bei unverheirateten der Fall ist.

Weniger leicht ist die Frage zu beantworten, wie die Relation zwischen Rentenleistungen und Beitragszahlungen durch die unterschiedliche Lebenserwartung beeinflußt wird. In der Tabelle 2 sind die für diese Frage relevanten Durchschnittsgrößen für

bestimmte Personengruppen zusammengestellt worden⁴. Dies sind im wesentlichen die Laufzeit der Renten – also vornehmlich die Zeit, die zwischen der Pensionierung und dem Tod des Rentners liegt –, aber auch die Relation von Beitragsjahren zu anrechnungsfähigen Versicherungsjahren. Mit Hilfe dieser Größen wurden Meßziffern für die Äquivalenz zwischen Rentenzahlungen über die Laufzeit der Renten hinweg einerseits und dem Beitragsvolumen während des gesamten „Versichertenlebens“ des Rentenempfängers andererseits errechnet⁵. Für die männlichen (weiblichen) Versicherten, die aus demographischen oder rechtlichen Gründen keine Hinterbliebenenrenten hinterlassen, können in Tabelle 2 die Ziffern der Spalten I (III) als repräsentativ angesehen werden, für die verheirateten Männer diejenigen der Spalte II. Es sei betont, daß es bei dieser Berechnung nicht auf die absoluten Werte der Äquivalenzziffern ankommt, sondern lediglich auf den Vergleich dieser Ziffern für unterschiedliche Gruppen von versicherten Personen.

Es zeigt sich, daß die Relation zwischen Rentenleistungen und Beitragszahlungen bei verheirateten Männern erheblich höher ist als bei den unverheirateten männlichen Versicherten; allerdings ist der entsprechende Abstand zu den durch eigene Berufstätigkeit versicherten, beitragsleistenden Frauen vergleichsweise gering. Immerhin wird deutlich, daß selbst bei Berücksichtigung einer längeren Lebenserwartung von weiblichen Erwerbstätigen bereits heute eine gewisse Umverteilung des Einkommens von dieser Gruppe zu den Haushalten mit nicht erwerbstätigen Hausfrauen gegeben ist.

Die geplante Reform verschiebt die Relationen in fragwürdiger Weise. Alleinverdienende Ehemänner behalten als Witwer weiterhin die volle Rente. Erwerbstätige Ehefrauen müssen gegenüber der bisherigen Regelung allerdings mit Kürzungen ihrer Gesamtversorgung rechnen. Das Prinzip der Witwenrente bleibt erhalten mit der Modifikation, daß künftig die Ansprüche um so stärker steigen, je weniger eigene Beiträge die Frauen geleistet haben.

Grundsätzlich wird also das System der Versorgung von nicht erwerbstätig gewesenen Witwen durch die Versichertengemeinschaft aufrechterhalten. Dieses System ist eine der Möglichkeiten, Hausfrauen gegen die Risiken des Unterhaltsausfalls zu

⁴ Die Informationen basieren auf Längsschnittdaten über das „Versichertenleben“ von Personen, die in den Jahren 1976 bis 1978 aus dem Rentenbestand ausgeschieden waren und über die daran anschließenden Zahlungen an Witwenrenten.

⁵ Zur Methode der Berechnung vgl.: Herbert Waldmann und Richard Mörschel: Sind die weiblichen Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung benachteiligt? In: Deutsche Rentenversicherung, H. 5/1978, S. 561 ff.

Tabelle 2

Errechnung von Meßziffern für die Beitragsäquivalenz
Zugang bzw. Wegfall von Renten

| Spalte Nr. | Jahr des Renten-zugangs bzw. -wegfalls | Rentenversicherung der Arbeiter | | | Rentenversicherung der Angestellten | | |
|--|--|---------------------------------|------------------------------|---------------------|-------------------------------------|------------------------------|---------------------|
| | | Versicher-tenrenten | Witwen- ¹⁾ renten | Versicher-tenrenten | Versicher-tenrenten | Witwen- ¹⁾ renten | Versicher-tenrenten |
| | | Männer | | Frauen | Männer | | Frauen |
| | | (Wegfall) | (Zugang) | (Wegfall) | (Wegfall) | (Zugang) | (Wegfall) |
| | | I | II | III | I | II | III |
| A. Anzahl der Renten in 1 000 | 1976 | 183 | 125 | 128 | 72 | 46 | 42 |
| | 1977 | 170 | 119 | 117 | 65 | 41 | 41 |
| | 1978 | 174 | 119 | 122 | 65 | 43 | 44 |
| B. Monatliche Rentenhöhe in DM | 1976 | 777 | 507 | 337 | 1 176 | 721 | 619 |
| | 1977 | 866 | 554 | 365 | 1 281 | 789 | 670 |
| | 1978 | 903 | 590 | 400 | 1 336 | 839 | 672 |
| C. Alter ²⁾ des Rentenempfängers beim Beginn der Rente (Jahre) | 1976 | 60,7 | 66,6 | 60,2 | 62,2 | 66,6 | 58,1 |
| | 1977 | 60,7 | 66,8 | 60,2 | 62,1 | 66,7 | 58,1 |
| | 1978 | 60,7 | 67,1 | 60,5 | 62,0 | 67,0 | 57,9 |
| D. Alter ²⁾ des Rentenempfängers beim Wegfall ³⁾ der Rente (Jahre) | 1976 | 71,1 | 78,1 | 74,1 | 73,4 | 78,5 | 70,5 |
| | 1977 | 70,9 | 78,2 | 73,9 | 73,3 | 78,8 | 70,5 |
| | 1978 | 71,2 | 78,6 | 74,9 | 73,3 | 79,1 | 70,3 |
| E. Laufzeit der Rente ⁴⁾ (Jahre) | 1976 | 10,8 | 11,5 | 14,5 | 11,5 | 11,9 | 13,8 |
| | 1977 | 10,7 | 11,4 | 14,3 | 11,6 | 12,1 | 14,1 |
| | 1978 | 10,8 | 11,5 | 15,0 | 11,7 | 12,1 | 14,2 |
| F. Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre | 1976 | 34,8 | 35,6 | 22,2 | 35,8 | 36,2 | 26,2 |
| | 1977 | 35,1 | 35,6 | 22,0 | 36,1 | 36,1 | 26,2 |
| | 1978 | 34,7 | 35,5 | 22,3 | 36,3 | 36,3 | 26,4 |
| G. darunter: Zahl der Beitragsjahre | 1976 | 26,7 | 28,1 | 19,6 | 28,6 | 29,1 | 23,4 |
| | 1977 | 26,6 | 28,1 | 19,4 | 28,4 | 29,0 | 23,3 |
| | 1978 | 26,1 | 28,0 | 19,7 | 28,1 | 29,2 | 23,5 |
| H. Persönliche Bemessungsgrundlage in vH | 1976 | 102 | 104 | 57 | 147 | 149 | 89 |
| | 1977 | 102 | 104 | 57 | 145 | 148 | 88 |
| | 1978 | 101 | 103 | 58 | 144 | 146 | 87 |
| I. Durchschn. Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten in DM | 1976 | | | 23 335 | | | |
| | 1977 | | | 24 945 | | | |
| | 1978 | | | 26 242 | | | |

Meßziffern für die Beitragsäquivalenz^{*)}

| Spalte Nr. | Männer | | | Frauen | | |
|------------|--------|------|------|--------|------|------|
| | I | II | III | I | II | III |
| 1976 | 0,88 | 1,30 | 1,25 | 0,92 | 1,29 | 1,17 |
| 1977 | 0,91 | 1,35 | 1,26 | 0,96 | 1,36 | 1,23 |
| 1978 | 0,94 | 1,39 | 1,33 | 0,98 | 1,40 | 1,22 |

^{*)} errechnet als Quotient = $\frac{\text{Meßziffer für die Rentenzahlung}}{\text{Meßziffer für die Beitragsleistung}} = \frac{R}{L}$

für Spalten I und III: $\frac{R_i}{L_i} = \frac{12 \cdot B_i \cdot E_i}{0,18 \cdot I \cdot H_i \cdot G_i}$, i = Spaltenindex

Für Spalte II: $\frac{R_{I,II}}{L_{I,II}} = \frac{R_I \cdot A_I + R_{II} \cdot A_{II}}{L_I \cdot A_I}$

Die in der Wirklichkeit gegebene Dynamik der Renten- und Beitragszahlung konnte bei dieser Rechnung außer acht gelassen werden, weil sie sich auf die Position aller Rentempfänger etwa gleich auswirkt. Deshalb wurden R und L jeweils auf das Jahr des Rentenzugangs bzw. -wegfalls normiert.

Abweichungen in den Ergebnissen durch Runden der Zahlen.

1) Nur Witwen, deren Mann bei seinem Tode bereits selbst Rentempfänger war. - 2) Unterschied zwischen Geburtsjahr und Jahr des Rentenbeginns bzw. - wegfalls. - 3) Zugang an Witwenrenten: Es wurde hier das durchschnittliche Alter, in dem Witwen 1976 bis 1978 durch den Tod aus dem Rentenbestand ausschieden, auch für die Menge der 1976 bis 1978 erstmals bewilligten Renten angesetzt. - 4) Zugang an Witwenrenten: Errechnet als Differenz D/.C. Wegfall an Versichertenrenten: Ohne Zeitrenten und ohne Renten, die aufgrund der Behebung der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit weggefallen sind.

Quellen: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. Statistik der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung, Band 48, 50 und 52. - Eigene Berechnungen.

sichern. Ein anderes Modell besteht in seiner Extremform darin, daß für die nicht erwerbstätige Ehefrau eine eigene Versicherung aufgebaut wird und die dafür notwendigen Beitragsleistungen vom Ehemann aufgebracht werden, es sei denn, daß der Staat dafür aufkommt, weil allgemein anerkannte gesellschaftliche Gründe für die Nichterwerbstätigkeit bestehen, wie z. B. die Kindererziehung.

Nun steht völlig außer Frage, daß die Last für die Versorgung der heute älteren Generation von Frauen durch die Solidargemeinschaft getragen werden muß. Das bisher im deutschen Rentenrecht verankerte System der Witwenversorgung war notwendig, weil ein sehr großer Teil der weiblichen Bevölkerung aufgrund der hohen Kinderzahl, der mangelnden Berufsausbildung und der vorherrschenden traditionellen Wertvorstellungen nicht beitragspflichtig erwerbstätig war und Ehefrauen beim Tode des Mannes auf einen Ersatz für den nun fortgefallenen Unterhalt angewiesen waren.

Wenn also die Durchbrechung des Prinzips der Äquivalenz von Beiträgen und Leistungen durch die Witwenrenten für die ältere Generation sozialpolitisch legitimiert werden kann, so ist zu bezweifeln, ob es – insbesondere in einer Zeit vorhersehbarer Knappheit der Mittel – noch immer einen gesellschaftlichen Bedarf dafür gibt, den Erwerbstätigen die Finanzierungslast für die Versicherung des gesamten Lebens der nichterwerbstätigen Hausfrauen aller künftigen Generationen aufzubürden und diesen Teil der Sozialleistungen auch noch undifferenziert zu erhöhen. Nach wie vor sind Frauen häufig deshalb nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig, weil sie Kinder betreuen. Und nach wie vor ist dies auch gesellschaftspolitisch erwünscht. Deshalb ist es konsequent, wenn für solche Zeiten auch ohne Beitragsleistung Ansprüche auf Rentenleistungen entstehen. Jedoch sollte den beitragszahlenden Versicherten bewußt gemacht werden, daß die Lebenszeit, die einer „durchschnittlichen“ Ehefrau während des Erwerbsalters zur Verfügung steht, heute nur etwa zur Hälfte mit der Betreuung von Kindern ausgefüllt ist⁶.

Hier soll nicht der Wert der Tätigkeiten von Hausfrauen ohne Kinder oder mit älteren Kindern in Frage gestellt werden. Jedoch wird angezweifelt, daß es die Aufgabe der Gesellschaft sei, die Kosten für die Versicherung der Hausfrauen in dieser Lebensphase zu tragen.

Spätestens für die Frauen der Nachkriegsgeneration, deren Kinder nicht mehr der ständigen Betreuung bedürfen, sollte es zumutbar sein, sich um eine Wiedereingliederung in den Beruf zu bemühen. Ermöglicht ein gut verdienender Ehemann die Wahlfreiheit zwischen Berufs- und Familienaufgaben, sollte auch die Zahlung eines Rentenbeitrags für die nichterwerbstätige Frau als vertretbar angesehen

werden. Dies um so eher, als innerhalb einer Schicht von Einkommensempfängern das Pro-Kopf-Einkommen der Familie, in der keine Kinder (mehr) erzogen werden, erheblich höher ist als dasjenige der Familien mit Kindern. Da die Nichterwerbstätigkeit der Ehefrau ohnehin nur bei ausreichend hohem Einkommen des Ehemannes möglich ist, würde die Einführung eines Beitrags für die Versicherung der nicht (mehr) kindererziehenden Ehefrau das für die Rentenreform 1984 offiziell erklärte Ziel fördern, „... unter dem Gesichtspunkt der Beitragsäquivalenz soziale Ungerechtigkeiten zu korrigieren“⁷.

Unbefriedigende Verteilung der geplanten zusätzlichen Rentenleistungen – Berufstätige Frauen werden häufig benachteiligt

Wenn man berücksichtigt, daß durch die nicht beitragsäquivalenten Witwenrenten in erheblichem Umfang Einkommen umverteilt werden, erscheint es gerechtfertigt, für die Verteilung von Mehrleistungen der Hinterbliebenenversorgung strenge soziale Kriterien zu fordern. Unter diesen Gesichtspunkten ist es unzureichend, sich mit dem Postulat „70 vH der Gesamtversorgung aus der GRV“ zu begnügen, dessen Vorrang spätestens dann fragwürdig ist, wenn dadurch das Versorgungsniveau zu gering wird oder zu gering bleibt.

Wie an dieser Stelle bereits ausgeführt⁸, bliebe die Unterversorgung von Witwen selbst bei einem Teilhabesatz von 75 vH in weiten Bereichen erhalten. Unter sozialen Gesichtspunkten könnte beispielsweise die Verletzung der Beitragsäquivalenz dann legitimiert werden, wenn trotz langer Versicherungszeiten (z. B. 35 bis 40 Jahre) sehr niedrige Witwenrenten gezahlt werden (Rentenversicherung der Arbeiter 1979: rund 600 DM monatlich)⁹, zumal die vorausgegangene Erwerbsunfähigkeit des Mannes häufig die Ursache der geringen Rentenhöhe ist.

Ob und in welcher Richtung sich die Versorgungssituation von Witwen mit einer eigenen Versicherten-

⁶ Wenn das jüngste Kind 15 Jahre alt ist, sind beispielsweise die typischen verheirateten Mütter des Jahrgangs 1942 nicht älter als 42, es verbleiben bis zum Rentenalter (60) also noch 18 Jahre. Vgl.: Anita Pfaff: Typische Lebensläufe von Frauen der Geburtsjahrgänge 1910–1975. In: Einzelgutachten von Mitgliedern der Sachverständigenkommission für die soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen. Anlageband 2.1979 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, S. 190.

⁷ Beschluß der Bundesregierung über die Bildung einer Sachverständigenkommission für die soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen vom 17. August 1977, Zf. 1.

⁸ Rentenreform 1984: Neue Probleme schaffen, ohne die alten zu lösen? Bearb.: Ellen Kirner und Hans-Jürgen Krupp. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 40-41/1979, S. 419 f.

⁹ Errechnet nach Daten über den Rentenbestand: Deutscher Bundestag. Renten Anpassungsberichte 1979, Drucksache 8/2709, S. 14 f.

Tabelle 3

Beispiele für die Veränderung der Gesamtversorgung von verwitweten Frauen mit unterschiedlicher Erwerbsbeteiligung

| Die Frau erhält nach heutigem Recht: | Rentenbeträge in DM monatlich | | | | | |
|--------------------------------------|-------------------------------|---------------|---------------------|---------------------|---------------------------------|-------------|
| | Versichertenrente | | "große" Witwenrente | Gesamtversorgung | | Veränderung |
| | der Frau | des Ehemannes | | nach heutigem Recht | ab 1984 ¹⁾ (geplant) | |
| A | B | C | D=A+C | E=0,7(A+B) | F=E-D | |
| Nur Witwenrente | | 1 333 | 800 | 800 | 933 | +133 |
| Versicherten- und Witwenrente | 286 | 857 | 14 | 800 | 800 | 0 |
| Versicherten- und Witwenrente | 409 | 667 | 400 | 800 | 747 | - 53 |
| Versicherten- und Witwenrente | 636 | 273 | 164 | 800 | 636 | -164 |

1) Vorschlag der "Gruppe 3" der 84er Kommission.
Quelle: Eigene Berechnungen.

rente verändert, wenn die Teilhaberrente entsprechend den jetzt aktuellen Plänen eingeführt wird, hängt – wie oben dargestellt – nicht vom Niveau der beiden zusammengerechneten Anwartschaften (und damit der Beiträge) von Mann und Frau ab, sondern von der Relation zwischen den beiden Renten. Dies läßt sich an Hand der Beispiele in Tabelle 3 verdeutlichen.

Da es bisher nur wenig statistische Informationen darüber gibt, in welcher Weise die Renten bei den einzelnen Empfängern miteinander kombiniert sind¹⁰, ist es noch ungewiß, wie groß der Kreis von Frauen ist, bei denen die Bedingungen für eine Erhöhung oder Kürzung der Gesamtversorgung vorliegen.

Um den bisherigen Mangel an Informationen zu überbrücken, wird hier auf Ergebnisse einer Stichprobe zurückgegriffen, die für den Zwischenbericht der Transfer-Enquête-Kommission von der Koordinierungsstelle der Kommission ausgewertet wurde¹¹. Aus dieser Statistik, die für das Jahr 1977 5 300 Empfängerinnen einer Rente der Arbeiter- oder Angestelltenversicherung erfaßt, geht folgendes hervor:

- Fast die Hälfte (49 vH) aller Frauen mit einer Witwen- und einer Versichertenrente müßte nach dem hier diskutierten Reformplan eine Kürzung ihrer Gesamtversorgung hinnehmen, weil die selbst erworbenen Ansprüche ein Drittel derjenigen des Ehemannes überschreiten.
- Insgesamt ergibt sich bei Durchführung des genannten Reformvorschlags durch die zusätzlichen Leistungen an Witwen per Saldo eine Erhöhung der gesamten Rentenausgaben um etwa 2,5 vH, das wären 1979 rund 2,6 Mrd. DM gewesen.

Da verheiratete Frauen künftig häufiger eigene Renten erwerben werden, als dies bei der heute

älteren Generation der Fall ist, dürfte das Gewicht der Mehrleistungen zwar künftig abnehmen. Jedoch muß für eine lange Zeit mit nennenswerten Belastungen des Systems gerechnet werden. Auch aus diesem Grunde erscheint es angebracht, die genannten unerwünschten Implikationen des Reformvorhabens kritisch zu prüfen.

Unter dem Gesichtspunkt der Beitragsgerechtigkeit ist es bedenklich, ausgerechnet den Frauen, die selbst Beiträge geleistet haben, die Gesamtversorgung zu kürzen. Dieses Ergebnis ließe sich sozialpolitisch nur dann rechtfertigen, wenn die Kürzungen ausschließlich oder überwiegend in denjenigen Fällen auftreten würden, in denen die Gesamtversorgung besonders hoch ist. Jedoch deuten die Ergebnisse der Renten- wie auch der Erwerbstätigenstatistik darauf hin, daß solche Fälle selten sind. Vielmehr lassen diese Informationen den Schluß zu, daß durch die geplante Reform gerade solche Frauen getroffen werden, bei denen die Witwenrenten besonders klein sind (vgl. Zeile 3 in Tabelle 4). Ausgerechnet in jenen Fällen, in denen die selbst erworbenen Ansprüche nur deswegen vergleichsweise hoch sind, weil die Frau durch das niedrige Einkommen des Ehemannes zur Erwerbstätigkeit gezwungen wurde, ist also mit nennenswerten Kürzungen zu rechnen.

¹⁰ Vom Verband deutscher Rentenversicherungsträger wird gegenwärtig eine umfangreiche Stichprobenuntersuchung vorgenommen, deren Ergebnisse nicht vor 1981 erwartet werden.

¹¹ Es handelt sich um eine Stichprobe aus den Daten der Postzahlstellen-Statistik. Die Auswertung der Daten der Koordinierungsstelle der Transfer-Enquête-Kommission wurde von Frau Monika Friedrich vorgenommen, der wir für ihre Unterstützung bei der Bereitstellung der hier benutzten Daten danken.

Tabelle 4

Frauen mit Versicherten- und/oder Witwenrenten der Rentenversicherung der Arbeiter oder der Angestellten 1977

| Die Frau erhält nach heutigem Recht: | Häufigkeit in vH aller Fälle | Durchschnittliche Rentenbeträge in DM monatlich | | | | | |
|--|------------------------------|---|----------------------------------|--------------------------|------------------------------|---|----------------------|
| | | Versichertenrente | | "große" Witwenrente C | Gesamtversorgung | | Veränderung F=E-D |
| | | der Frau A | des Ehemannes ¹⁾ B | | nach heutigem Recht D=A+C | ab 1984 (geplant) ²⁾ E=0,7(A+B) | |
| Nur Versichertenrente | 43,8 | 406 | – | – | 406 | 406 | 0 |
| Versicherten- und Witwenrente | 20,8 | 355 | 959 | 575 | 930 | 920 | -10 |
| davon: | | | | | | | |
| Vers.R. > $\frac{1}{3 \cdot 0,6}$ Witw.R. | 10,2 | 510 | 809 | 485 | 995 | 923 | -72 |
| Vers.R. $\leq \frac{1}{3 \cdot 0,6}$ Witw.R. | 10,7 | 207 | 1 102 | 661 | 868 | 916 | +48 |
| Nur Witwenrente | 35,4 | – | 900 | 540 | 540 | 630 | +90 |

1) Errechnet aus der Witwenrente (Versichertenrente des Mannes = Witwenrente : 0,6). – 2) Vorschlag der "Gruppe 3" der 84er Kommission.
Quelle: Stichprobe aus der Postzahlstellenstatistik. Auswertung der Koordinierungsstelle der Transfer-Enquête-Kommission von Monika Friedrich.

Zusammenfassung und Vorschlag für eine Änderung der Reformpläne

Zusammenfassend ist festzuhalten: Der gegenwärtig politisch favorisierte Plan für die Rentenreform 1984 vernachlässigt das Prinzip der Beitragsgerechtigkeit und würde bei seiner Verwirklichung zu sozialpolitisch sowie im weiteren Sinne gesellschaftspolitisch unbefriedigenden Ergebnissen führen. Dies liegt in erster Linie daran, daß die eigentlichen Ursachen der unzureichenden Versorgung und der materiellen Ungleichbehandlung beider Geschlechter im Rentenrecht nicht berücksichtigt werden. Einer der wichtigsten Gründe für die Nichterwerbstätigkeit von Frauen – wie auch für die ungünstige Stellung der weiblichen Erwerbstätigen im Berufsleben – und damit für die häufig unzureichende Versorgung im Alter, liegt aber fraglos in der Tatsache, daß die Mütter die Aufgaben der Kinderbetreuung übernehmen¹². Deshalb wäre es konsequent und wohl auch für die von der Reform Betroffenen einsehbar, wenn im Zuge der Beseitigung der formalen Ungleichheiten des Rechts der Hinterbliebenenversorgung die Zeiten der Kindererziehung berücksichtigt würden.

Angesichts dieser Situation ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht eine eigenständige soziale Sicherung der Frau die angemessene Alternative zur Teilhaberrente sei¹³. Aber auch im Konzept der Teilhaberrente sind befriedigende Lösungen für die oben genannten Probleme denkbar. Man kann zum Beispiel den Vorstellungen der „Gruppe 1“ der 84er-Kommission folgen. Das Hauptargument gegen die von ihr vorgeschlagene Regelung ist die dabei in bestimmten Fällen mögliche Unterversorgung. Diese

könnte jedoch durch Zusatzregelungen abgefangen werden. Insgesamt ergibt sich dann folgende Lösung: Im Alter oder bei Invalidität wird die Teilhabe der Witwe oder des Witwers an den Rentenansprüchen des früheren Ehepartners auf die Ehezeit beschränkt¹⁴. Dadurch wird verhindert, daß bereits nach kurzer Ehedauer hohe Rentenanwartschaften „vererbt“ werden können. Stattdessen werden bei der Hinterbliebenenversorgung mehrere Jahre je Kind angerechnet. Alleinstehende Mütter oder Väter erhalten die entsprechenden Zeiten als eigenständigen Anspruch. Wenn man das durchschnittliche Arbeitsentgelt aller Versicherten als Maßstab für die Bewertung solcher Jahre zugrunde legt, so würde sich auf der Basis von 1979 ein Zuschlag zur Rente von monatlich 26,33 DM für ein Jahr der Betreuung eines Kindes ergeben. Wieviele solcher Jahre je Kind angerechnet werden könnten, ohne daß für die GRV Mehrkosten entstehen, hängt außer der Kinderzahl je Ehe ab

– von der Höhe der Rentenansprüche, die im Durchschnitt aller Versicherten in der Zeit vor der Ehe erworben wurden und

¹² Vgl. Ellen Kirner: Ursachen für die Unterschiede in der Höhe der Versichertenrenten an Frauen und an Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung. Beiträge zur Strukturforchung des DIW. Heft 7/1980 (im Druck).

¹³ Vgl. z. B. Rentenreform 1984: Neue Probleme . . . , a.a.O. – Hans-Jürgen Krupp und Volker Meinhardt: Die eigenständige soziale Sicherung der Frau. In: WSI-Mitteilungen 12/1979.

¹⁴ Vorschlag der „Gruppe 1“. Gutachten der Sachverständigenkommission, a.a.O., S. 47, Ziff. 123. Bei Rente wegen Kindererziehung oder vorgerückten Alters wird diesem Vorschlag entsprechend die Teilhaberrente nach anderen Maßstäben geregelt.

– von dem Satz der Teilhabe an den während der Ehe entstandenen Anwartschaften (Teilhabetatz).

Selbst bei einem Teilhabesatz von 75 vH würden bei dieser Version der Teilhaberrente 3,5 bis 6,1 vH der Rentenausgaben eingespart werden können, das wäre 1979 ein Betrag von 3,6 bis 6,3 Mrd. DM gewesen¹⁵. Wäre die hier betrachtete Regelung 1979 eingeführt worden, so hätten für diesen Betrag bereits 1 bis 1,5 „Babyjahre“ je Kind für jede Frau mit einer Witwen- und/oder einer Versichertenrente der GRV angerechnet werden können; dabei wurde angenommen, daß diese Frauen durchschnittlich zwei Kinder geboren haben. Würde ein Teilhabesatz von 70 vH gewählt, so betrüge die Ersparnis 6 bis 8,8 Mrd. DM¹⁶ und es könnten schätzungsweise 1,5 bis 2 Jahre je Kind gutgeschrieben werden.

Eine Witwe, die mit ihrem Mann bis zu seinem Rentenalter lange Zeit verheiratet gewesen ist, die insgesamt drei Babyjahre angerechnet erhält und die keine eigene Rente erworben hat, kann unter normalen Bedingungen auch bei dieser Regelung 70 vH der Gesamtversorgung erreichen; nämlich dann, wenn der Mann vor der Ehe gerade so viele Rentenanwartschaften erworben hat, wie der zusätzliche Betrag an Zuschlägen für die Kindererziehung erbringt¹⁷.

Sollen allerdings Frauen, die Kinder erzogen haben, auch ohne eigene Berufstätigkeit besser als bisher und auch besser als nach dem jetzt favorisierten Konzept der Gesamtversorgungsrente gestellt werden, so müßte die Zahl der Babyjahre je Kind höher sein. Dies wäre unter sonst gleichen Bedingungen vermutlich nur dadurch möglich, daß der Teilhabesatz kleiner ist als 70 vH. Er kann allerdings erst dann festgelegt werden, wenn bekannt ist, wie häufig und in welchen typischen Fällen erhebliche Anteile der Versichertenzeiten von Männern außerhalb der Ehe entstehen.

Weniger als beim Konzept der Gesamtversorgungsrente begünstigt würden bei diesem Vorschlag im wesentlichen nur verheiratet gewesene Frauen, die keine Kinder erzogen haben. Diese Konsequenz ist zu rechtfertigen, wenn gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, daß es nicht die Aufgabe der Solidargemeinschaft sei, die Kosten für die Versicherung der nicht (mehr) Kinder erziehenden Hausfrau zu

tragen. Der Unterversorgung dieser Gruppe könnte durch die Einführung der Beitragspflicht für nicht-erwerbstätige Ehepartner, die auch keine Kinder (mehr) erziehen, vorgebeugt werden. Falls dabei wiederum die Gefahr der „Übersorgung“ einiger Schichten auftreten sollte, wäre dem dadurch zu begegnen, daß hierfür lediglich die Form einer Zusatzversicherung gewählt oder eine Beitragsbemessungsgrenze für Ehepaare eingeführt würde.

Die Vorteile der hier vorgeschlagenen Lösung gegenüber dem jetzt favorisierten Konzept der Gesamtversorgungsrente sind offensichtlich:

- Sie ist ohne eine zusätzliche Belastung des Systems finanzierbar und berücksichtigt damit auch die mittelfristig ohnehin kritische Finanzlage der Rentenversicherung.
- Trotzdem kann durch die materielle Anerkennung der Leistung der Kindererziehung die Benachteiligung der Kinder erziehenden Frau im System der Rentenversicherung vermindert werden. Hierin ist zugleich ein Beitrag zur Familienpolitik zu sehen, der keine zusätzlichen Kosten verursacht.
- Die Benachteiligung der berufstätigen Frauen mit Kindern, insbesondere derjenigen, die in Haushalten mit niedrigem Einkommen leben, könnte abgebaut werden.
- Das Prinzip der Beitragsgerechtigkeit würde wieder in höherem Maße berücksichtigt. Dies gilt vor allem, wenn man die Leistung der Kindererziehung als „realen“ Beitrag zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Rentenversicherungssystems betrachtet.

¹⁵ Vgl. Gutachten der Sachverständigenkommission, a.a.O., S. 88, Ziff. 254.

¹⁶ Grundlagen des Gutachtens der Sachverständigenkommission für die soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen. Anlageband 1. 1979, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, S. 38 f.

¹⁷ Im Durchschnitt des Rentenzugangs 1978 betrug die Zahl aller anrechnungsfähigen Versicherungsjahre bei Männern 34,7. Bei einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 hätte der Mann vor der Ehe 4,3 (= 3 : 0,7) anrechnungsfähige Versicherungsjahre erwerben können. Der Zuschlag an Babyjahren in Höhe von DM 79 (= 3 · DM 26,33) würde dann genau den nicht berücksichtigten Teil der Versichertenrente des Mannes (0,7 · DM 112,84) ausgleichen.

Zur Wirtschaftslage im RGW: Erneute Wirtschaftsabschwächung engt Spielraum für Lebensstandardverbesserungen ein

Der sich seit Jahren abzeichnende Trend rückläufigen Wirtschaftswachstums hat sich in den Mitgliedsstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) 1979 verstärkt fortgesetzt. Mit knapp 2 vH hat der Zuwachs des Nationaleinkommens dieser Region seinen bisherigen Tiefstand erreicht (1978: 4,5 vH). Erneut erwiesen sich die Volkswirtschaften als noch immer sehr witterungsanfällig. Dies hatte sowohl Auswirkungen auf die Ernteergebnisse der Landwirtschaft als auch auf die Industrieproduktion. Darüber hinaus verhindern Verschwendung von Energie, Material und Arbeitskräften die notwendige Steigerung der Arbeitsproduktivität. Immer stärker wirkt auch die Vernachlässigung von Infrastrukturinvestitionen, insbesondere im Transportwesen, hemmend auf die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften der RGW-Staaten. Der Lebensstandard hat sich nur minimal verbessert. Die Anstrengungen um eine Verminderung des Handelsbilanzdefizits erbrachten nur geringe Erfolge. Die kleineren RGW-Staaten mußten gegenüber der Sowjetunion aufgrund der Rohstoffverteuerung wiederum Handelsdefizite in Kauf nehmen, gegenüber westlichen Staaten verminderte sich das Defizit nur geringfügig.

Die Wachstumsaussichten sind angesichts von Rohstoffverteuerungen und -verknappungen ungünstig. Der Spielraum für Importe wird durch zunehmenden Schuldendienst und nur mäßig steigende Exportfähigkeit spürbar eingeengt.

Produktion:

Witterungsbedingte Wachstumseinbußen

Das Hauptziel der staatlichen Wirtschaftspolitik in den europäischen RGW-Staaten¹ für 1979 – die Stabilisierung des Wachstumstempos – wurde verfehlt: Die gesamtwirtschaftliche Produktion² expandierte im vergangenen Jahr mit einer Rate von knapp 2 vH (1978: + 4,5 vH)³. Der Wachstumsrückgang hat sich damit fortgesetzt, zugleich hat das politische Osteuropa seinen bisherigen Wachstumsvorsprung gegenüber den westlichen Industrieländern (reale Zunahme des Bruttosozialprodukts 1979: + 4 vH) eingebußt.

Die Abschwächung war in der Sowjetwirtschaft ausgeprägter als in den übrigen Ländern der Region. Dazu hat in erster Linie das negative Ergebnis der sowjetischen Landwirtschaft beigetragen, die mit 18 vH an der Entstehung des Nationaleinkommens beteiligt ist.

Aber auch das Wachstum der Industrieproduktion hat sich 1979 deutlich abgeschwächt und betrug nur noch 3,5 vH. Als Novum in der jüngsten sowjetischen Wirtschaftsgeschichte ist zu verzeichnen, daß bei einer ganzen Reihe von Industrieerzeugnissen die Produktion sogar absolut zurückgegangen ist.

Bei den sechs kleinen RGW-Staaten verlief die Entwicklung etwas besser, sie blieb aber deutlich hinter den Planvorgaben zurück. Die Produktion der Landwirtschaft hat sich mit 0,5 vH kaum

¹ Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, UdSSR und Ungarn. Die Wirtschaftslage in der DDR wird hier detailliert nicht behandelt (vgl. dazu: Außenwirtschaftliche Belastungen mindern Wachstumschancen. Zur Lage der DDR-Wirtschaft an der Jahreswende 1979/80. Bearb.: Doris Cornelsen. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/1980). Außerdem wird nicht auf die außereuropäischen RGW-Mitglieder (Kuba, Mongolei, Vietnam) eingegangen.

² In Osteuropa werden die Beiträge des privaten und öffentlichen Dienstleistungssektors nicht in die Sozialproduktrechnung einbezogen.

³ Die Analyse der Wirtschaftsentwicklung in den RGW-Staaten trifft nach wie vor auf eine Reihe von spezifischen Schwierigkeiten statistischer und informatorischer Art. Die Daten über die Planerfüllung sind naturgemäß vorläufig, und die geplanten Zuwachsraten beziehen sich auf das von den Planbehörden jeweils erwartete Ergebnis des Vorjahres. Entscheidend ist jedoch, daß sich die statistische Berichterstattung der RGW-Länder trotz der gegenteiligen Verpflichtung ihrer Regierungen in der KSZE-Schlußakte bisher grundsätzlich nicht verbessert hat. Über viele Bereiche werden überhaupt keine Angaben veröffentlicht (z. B. Zahlungsbilanz), und diese Lücken lassen sich nur in wenigen Fällen durch Schätzungen schließen. Häufig besteht überdies Unsicherheit, ob sich die veröffentlichten Veränderungsdaten auf nominale oder reale Werte beziehen, weil – wohl bewußt – keine Erläuterungen über die Preisbasis gegeben werden (z. B. Entwicklung des Außenhandels). Bei vielen Daten läßt sich schließlich die Aussagekraft nicht beurteilen (z. B. Realeinkommen der Bevölkerung), weil die Ermittlungsmethode nicht erläutert wird.

Tabelle 1

Gebiet und Bevölkerung der RGW-Länder
Jahresmitte 1978

| | Fläche | Bevölkerung | |
|-----------|----------|---------------|-----------------|
| | 1000 qkm | Mill Personen | Personen je qkm |
| Bulgarien | 111 | 8,8 | 79 |
| CSSR | 128 | 15,1 | 118 |
| DDR | 108 | 16,8 | 155 |
| Polen | 313 | 35,0 | 112 |
| Rumänien | 238 | 21,9 | 92 |
| Ungarn | 93 | 10,7 | 115 |
| RGW (6) | 991 | 108,3 | 108 |
| UdSSR | 22 402 | 262,4 | 12 |
| RGW (7) | 23 393 | 370,7 | 16 |

Quelle: Statistisches Jahrbuch der CSSR 1979

Tabelle 2
Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den RGW-Ländern
Jährliche Veränderung in vH

| Länder | 1970/65 ¹⁾ | 1975/70 ¹⁾ | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | | 1980 | 1980/75 ¹⁾ |
|---|-----------------------|-----------------------|-------|-------|-------|-------|---------|-----------|-----------------------|
| | | | | | | Ist | Plan | | |
| Produziertes Nationaleinkommen | | | | | | | | | |
| Bulgarien | 8,7 | 7,8 | 6,7 | 6,3 | 6,0 | 6,5 | 7,0 | 5,7 | 7,7 |
| CSSR | 6,9 | 5,5 | 3,9 | 4,2 | 4,1 | 2,7 | 4,3 | 3,7 | 4,9-5,2 |
| DDR | 5,2 | 5,4 | 3,6 | 5,2 | 3,8 | 4 | 4,3 | 4,8 | 4,9-5,4 |
| Polen | 6,0 | 9,7 | 7,1 | 5,0 | 2,8 | - 2,0 | 2,8 | 1,4-1,8 | 7,0-7,3 |
| Rumänien | 7,7 | 11,3 | 10,5 | 8,6 | 7,6 | 6,2 | 8,8 | 8,8 | 11,0 |
| Ungarn | 6,8 | 6,2 | 3,0 | 7,8 | 4,0 | 1,4 | 3-4 | 3,0-3,5 | 5,4-5,7 |
| RGW (6) ²⁾ | 6,5 | 7,8 | 5,9 | 5,8 | 4,4 | 2,4 | 4,6 | 4,3 | 6,6 |
| UdSSR | 7,8 | 5,7 | 5,3 | 4,5 | 4,8 | 3)1,5 | 3)5,2 | 4)4,0 | 3)5,0 |
| RGW (7) ²⁾ | 7,4 | 6,3 | 5,5 | 5,0 | 4,7 | 1,8 | 5,0 | 4,1 | 5,3 |
| Bruttoproduktion der Industrie | | | | | | | | | |
| Bulgarien | 10,9 | 9,1 | 5,8 | 6,8 | 6,9 | 6,2 | 7,8 | 6,3 | 9,1 |
| CSSR | 6,7 | 6,7 | 5,5 | 5,7 | 4,9 | 3,7 | 4,5 | 5,8 | 5,7-6,0 |
| DDR | 6,6 | 6,5 | 5,9 | 4,8 | 4,8 | 5,3 | 5,5 | 4,7 | 6,0-6,3 |
| Polen | 8,4 | 10,5 | 9,8 | 5)8,6 | 5)5,9 | 5)2,8 | 5)4,9 | 5)3,0-4,2 | 5)8,2-8,5 |
| Rumänien | 11,9 | 12,9 | 12,9 | 12,5 | 8,4 | 8,0 | 11,3 | 11,4 | 11,5 |
| UdSSR | 8,5 | 7,4 | 4,8 | 5,7 | 4,8 | 3,4 | 5,7 | 4,5 | 6,2-6,8 |
| Ungarn | 6,1 | 6,4 | 4,1 | 6,6 | 5,2 | 2,8 | 4,0 | 3,5-4,0 | 5,9-6,2 |
| Bruttoproduktion der Landwirtschaft | | | | | | | | | |
| Bulgarien | 3,5 | 3,0 | 4,1 | - 4,6 | 4,3 | 7,0 | 7,0 | 3,7 | 6) 3,7 |
| CSSR | 4,9 | 2,7 | - 2,7 | 9,1 | 2,6 | - 3,9 | 3,8 | 7,2 | 6)2,5-3,0 |
| DDR | 1,5 | 2,9 | - 4,4 | 6,4 | 1,8 | . | 1,3 | 0,5 | 6) 3,0 |
| Polen | 1,8 | 3,6 | - 0,7 | 0,8 | 4,3 | - 1,4 | 3,9-4,8 | 4,8 | 6)3,2-3,5 |
| Rumänien | 1,9 | 6,5 | 17,4 | - 0,9 | 2,6 | 5,0 | 5,1-5,6 | 4,7-6,0 | 6)6,9-9,0 |
| UdSSR | 3,9 | 0,8 | 6,5 | 4,0 | 2,7 | - 4,0 | 5,8 | 8,8 | 6)2,7-3,2 |
| Ungarn | 2,8 | 4,7 | - 3,5 | 10,3 | 1,5 | 0,0 | 3,0-3,5 | 5,0-5,5 | 6)3,0-3,2 |
| Arbeitsproduktivität in der Industrie ⁷⁾ | | | | | | | | | |
| Bulgarien | 6,9 | 6,8 | 6,5 | 6,0 | 6,0 | 5,0 | 6,7 | | 8,4 |
| CSSR | 5,3 | 6,0 | 4,9 | 4,9 | 4,1 | 2,9 | 3,8 | | 4,8-5,1 |
| DDR | 5,7 | 5,4 | 5,4 | 4,4 | 4,4 | 4,4 | 4,6 | 4,5 | 5,4 |
| Polen | 4,9 | 7,7 | 9,7 | 8)8,3 | 8)5,8 | 8)3,3 | 8)5,3 | 4,4 | 7,7 |
| Rumänien | 7,3 | 6,4 | 8,8 | 8,1 | 6,8 | 6,4 | 10,2 | 8,5 | 9,2 |
| UdSSR | 5,7 | 6,0 | 3,0 | 4,1 | 3,6 | 2,4 | 4,7 | 3,8 | 5,5 |
| Ungarn | 3,5 | 6,2 | 5,2 | 6,8 | 5,3 | 4,5 | 4,0 | | 5,8-6,2 |
| Brutto-Anlageinvestitionen | | | | | | | | | |
| Bulgarien | 12,5 | 8,6 | 0,6 | 14,2 | 0,6 | - 0,3 | 5,2 | | 5,4-6,9 |
| CSSR | 7,3 | 8,0 | 5,2 | 5,7 | 4,1 | 1,6 | 2,4 | 2,4 | 7,5 |
| DDR | 9,9 | 4,1 | 8,1 | 6,8 | 2,9 | 2,4 | 5,6 | 0,0 | 5,7 |
| Polen | 8,1 | 18,4 | 2,3 | 4,3 | 1,6 | 7,4 | 9,0 | 2,4 | 6,5-7,0 |
| Rumänien | 11,2 | 11,5 | 8,0 | 11,7 | 16,0 | 5,1 | 9,1 | 4,9 | 12,8 |
| UdSSR | 7,6 | 6,9 | 4,4 | 3,6 | 6,1 | 1,0 | 4,5 | 3,3 | 4,7 |
| Ungarn | 11,7 | 7,1 | 0,2 | 14,4 | 4,2 | 0,3 | | -4 bis -5 | 4,7 |

erhöht, bei der Industrie gab es einen Zuwachs von 4,5 vH (Plan + 6 vH).

Die Entwicklung war von Land zu Land recht unterschiedlich: Auf der einen Seite mußte Polen – zum ersten Mal seit 1945 – einen Rückgang des

Nationaleinkommens hinnehmen, auf der anderen Seite konnten Bulgarien und auch die DDR das Wachstumstempo gegenüber dem Vorjahr sogar erhöhen. Im Urteil der Wirtschaftsführungen aller Länder waren die Ergebnisse aber keineswegs zufriedenstellend.

noch Tabelle 2
Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den RGW-Ländern
 Jährliche Veränderung in vH

| Länder | 1970/65 ¹⁾ | 1975/70 ¹⁾ | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | | 1980 | 1980/75 ¹⁾ |
|---|-----------------------|-----------------------|-------|--------------------|--------------------|---------------------|------------------------|---------------------|-----------------------|
| | | | | | | Ist | Plan | | |
| Einzelhandelsumsatz ⁹⁾ | | | | | | | | | |
| Bulgarien | 8,7 | 7,7 | 7,6 | 3,2 | 3,7 | ¹⁰⁾ 6,8 | 4,1 | 4,6 | 6,8 |
| CSSR | 9,3 | 5,4 | 2,3 | 2,3 | 3,7 | 3,6 | 2,8 | 3,4 | 4,4 |
| DDR | 4,8 | 5,4 | 3,1 | 4,4 | 3,5 | 3,2 | 4,0 | 4,0 | 4,0 |
| Polen | 6,3 | 10,7 | 7,2 | 6,0 | 1,1 | ¹¹⁾ 8,3 | ¹¹⁾ 9,1 | ¹¹⁾ 5,2 | 10,0 |
| Rumänien | 8,3 | 8,1 | 8,8 | 6,8 | 11,6 | 5,8 | 8,3 | 9,3 | 8,7 |
| UdSSR | 8,4 | 6,3 | 4,4 | 4,9 | 3,4 | 4,2 | 4,8 | 5,1 | 5,2 |
| Ungarn | 8,8 | 6,1 | 0,7 | 6,6 | 3,5 | 1,7 | 3-4 | . | 4,8 |
| Durchschnittliche Löhne und Gehälter ¹²⁾ | | | | | | | | | |
| Bulgarien | 6,1 | 3,3 | 1,2 | 2,0 | 3,1 | . | . | . | 3,1 |
| CSSR | 5,3 | 3,5 | 2,8 | 3,2 | 3,0 | 2,6 | 2,7 | 2,8 | 2,7 |
| DDR | 3,6 | 3,3 | 3,4 | 2,9 | 3,2 | . | . | . | . |
| Polen | 3,7 | 9,8 | 11,4 | ¹³⁾ 7,1 | ¹³⁾ 5,7 | ¹³⁾ 8,6 | ¹³⁾ 6,5-7,0 | ¹³⁾ 6,9 | . |
| Rumänien ¹³⁾ | 4,6 | 4,3 | 7,3 | 6,2 | 10,6 | 4,8 | . | . | 7,0 |
| UdSSR | 4,8 | 3,6 | 3,8 | 2,5 | 3,0 | 2,2 | 1,8 | 2,1 | 3,2 |
| Ungarn | 4,4 | 5,6 | 5,5 | 7,7 | 8,7 | 7,7 | 6,0 | 4,5 | . |
| Einfuhr ¹⁴⁾ | | | | | | | | | |
| Bulgarien | 9,2 | 19,6 | 3,8 | 11,5 | 12,2 | 7,4 | ¹⁵⁾ 9,0 | ¹⁵⁾ 7,5 | ¹⁵⁾ 9,9 |
| CSSR | 6,7 | 13,7 | 10,3 | 12,9 | 7,7 | 11,3 | 5,7 | . | ¹⁵⁾ 6,5 |
| DDR | 11,5 | 14,0 | 16,9 | 8,6 | 1,7 | ¹⁵⁾ 12,0 | ¹⁵⁾ 9,8 | ¹⁵⁾ 12,0 | ¹⁵⁾ 7,3 |
| Polen | 9,0 | 23,7 | 10,6 | 5,5 | 4,9 | 6,3 | 5,1 | 6,0 | 4,6 |
| Rumänien | 12,7 | 17,7 | 14,1 | 15,1 | 16,5 | 20,1 | ¹⁵⁾ 16,6 | ¹⁵⁾ 14,8 | ¹⁵⁾ 15,9 |
| UdSSR | 7,8 | 20,4 | 9,1 | 5,7 | 13,0 | 9,9 | . | ¹⁵⁾ 4,7 | ¹⁵⁾ 6,0 |
| Ungarn | 10,7 | 15,9 | - 3,0 | 16,2 | 12,6 | 2,6 | ³⁾ 6,0 | 2,0 | ¹⁵⁾ 8,1 |
| Ausfuhr ¹⁴⁾ | | | | | | | | | |
| Bulgarien | 11,3 | 14,1 | 14,6 | 15,8 | 10,4 | 15,4 | ¹⁵⁾ 9,0 | ¹⁵⁾ 7,5 | ¹⁵⁾ 9,9 |
| CSSR | 7,1 | 11,3 | 11,8 | 11,7 | 9,2 | 15,2 | 6,3 | . | ¹⁵⁾ 6,5 |
| DDR | 8,3 | 12,7 | 12,7 | 5,8 | 10,3 | ¹⁵⁾ 12,0 | ¹⁵⁾ 9,8 | ¹⁵⁾ 12,0 | ¹⁵⁾ 7,3 |
| Polen | 9,4 | 19,3 | 7,1 | 11,4 | 9,7 | 12,2 | 9,1 | 11,0 | 11,8 |
| Rumänien | 10,0 | 18,1 | 14,9 | 14,4 | 5,5 | 18,0 | ¹⁵⁾ 16,6 | ¹⁵⁾ 14,8 | ¹⁵⁾ 15,9 |
| UdSSR | 9,4 | 15,9 | 16,7 | 18,7 | 7,3 | 18,8 | . | ¹⁵⁾ 4,7 | ¹⁵⁾ 6,0 |
| Ungarn | 8,9 | 13,9 | 3,0 | 16,5 | 0,9 | 17,2 | ³⁾ 11,0 | 8,0 | ¹⁵⁾ 8,1 |

Anmerkung: Angaben für 1979 vorläufig.

1) Im Jahresdurchschnitt.-2) Gewichte in vH des insgesamt produzierten Nationaleinkommens Bulgarien 2,1; CSSR 5,1; DDR 6,7; Polen 8,3; Rumänien 4,8; Ungarn 2,3; RGW(6) 29,3; UdSSR 70,7; vergleiche: Economic Survey of Europe 1977.-3) Geschätzt.-4) Verwendetes Nationaleinkommen.-5) Umsatz.-6) Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs 1980/75 bezogen auf 1975/70.-7) Bruttoproduktion je Beschäftigten.-8) Umsatz je Beschäftigten.-9) Errechnet nach dem sog. Index des physischen Volumens.-10) Zu jeweiligen Preisen.-11) Warenlieferungen für den Binnenmarkt und zu jeweiligen Preisen.-12) Staatlicher Sektor, nominal.-13) Netto.-14) Zu jeweiligen Preisen und jeweiligen Wechselkursen, fob-Werte; Ungarns Einfuhr cif.-15) Einfuhr und Ausfuhr.

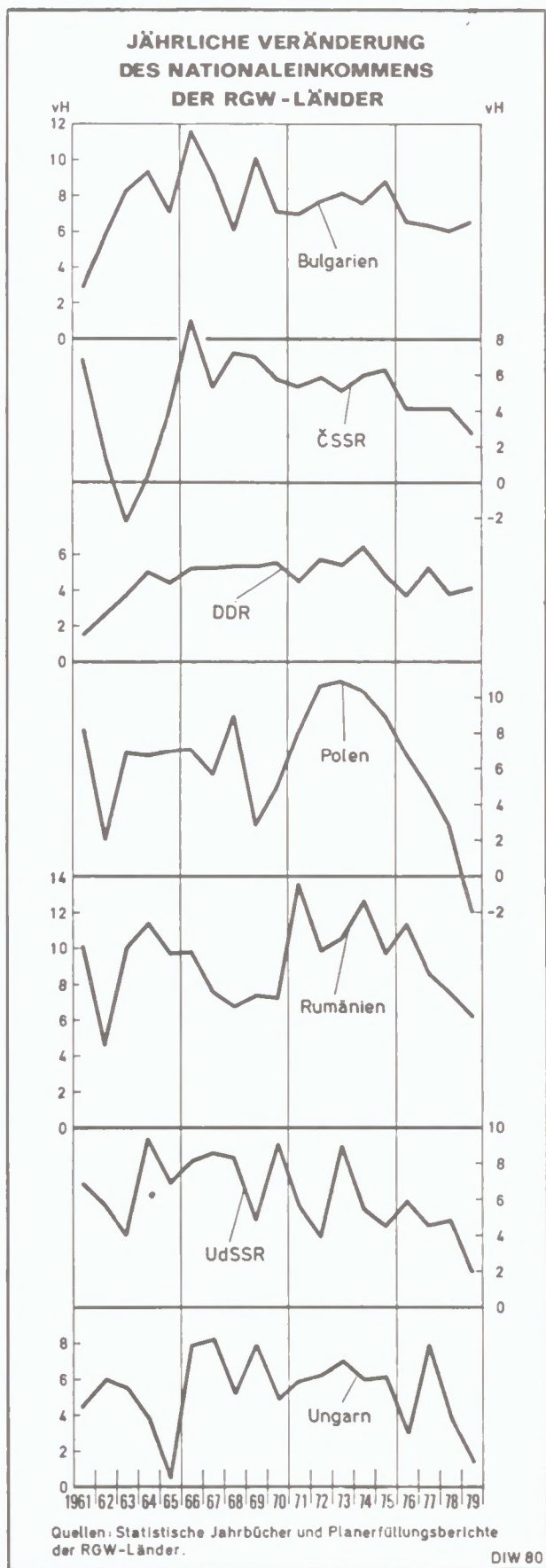
Quellen: Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des RGW, div. Jahrgänge.-Statistische Jahrbücher bzw. Monatshefte sowie Volkswirtschaftspläne und Planerfüllungsberichte der RGW-Länder

Die im vergangenen Planjahr im RGW-Raum aufgetretenen Schwierigkeiten sind zum großen Teil eine direkte Folge des extrem ungünstigen Winterwetters zu Jahresbeginn, das zu weitreichenden Störungen und Ausfällen geführt hat. Die witterungsbedingten Wachstumsverluste konnten offensichtlich in keinem RGW-Land wettgemacht werden.

Engpässe in der Energie- und Rohstoffversorgung sind während des ganzen Jahres aufgetreten und

haben vielerorts Produktionseinbußen verursacht. Die Primärenergieerzeugung in der UdSSR stieg nur um 3 vH, geplant war ein Zuwachs von 5 vH. Aufgrund der noch unvollständigen Produktionsangaben schätzt die ECE⁴, daß die Energiebereitstellung ins-

⁴ Vgl.: The Economic Survey in Europe in 1979. Part I. The European Economic in 1979. Chapter 3: Recent Economic Developments in Eastern Europe and the Soviet Union, Table 3.6.



gesamt 1979 um knapp 2 vH und damit nur halb so schnell zunahm wie im Vorjahr. Als planwirtschaftliche Fehler haben sich die gravierenden Transportengpässe und die – verglichen damit – zu knappe Lagerhaltung im gewerblichen Bereich erwiesen. Erschwerend ist hinzu gekommen, daß es den meisten Ländern des RGW aus Zahlungsbilanzgründen nicht möglich war, die Importe von Energie und Rohstoffen, die sich 1979 ein weiteres Mal erheblich verteuerten, entsprechend ihrem Inlandsbedarf zu steigern.

Das wirtschaftliche Wachstum in den RGW-Ländern wird gegenwärtig von den Schwierigkeiten der Versorgung mit Energie und vielen gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren limitiert. Eindämmung von Energie- und Rohstoffverschwendung, also rationeller und sparsamer Einsatz dieser Produktionsfaktoren ist in ganz Osteuropa die wirtschaftspolitische Hauptforderung der Stunde. Härtere Verbrauchsnormen, höhere Preise für die gewerbliche Wirtschaft und die Bevölkerung sowie schärfere Einsatzkontrollen sind die Instrumente, mit denen man Erfolge in dieser Richtung erzielen will.

Ein weiteres Ziel ist der effizientere Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit, insbesondere angesichts der zunehmenden Verknappung der Arbeitskräfte. In allen Ländern wird über schlechte Arbeitsdisziplin und mangelnde Arbeitsorganisation, ferner über die unzureichende Leistungsbereitschaft oder über ungerechtfertigte Einkommenssteigerungen geklagt (Kadar: „Der Arbeitslohn darf kein Entgelt für die Anwesenheit sein“). Über direkt und indirekt wirkende Instrumente, wie neue Arbeitsnormen, Verstärkung des leistungsgebundenen Lohnanteils und materielle Anreize sollen die Arbeitsdisziplin erhöht und die Arbeitskräftefluktuation gesenkt werden. Die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität ist aber bisher unter den Erwartungen der Wirtschaftsführungen geblieben (Zunahme des Nationaleinkommens je Beschäftigten im produktiven Bereich in vH)⁵:

| | 1976/1978 ¹⁾ Ist | 1979 Ist | 1980 Plan | 1976/1980 ¹⁾ Plan |
|-----------|--------------------------------|-------------|--------------|---------------------------------|
| Bulgarien | 7 | 6 | 5 | 7,5 |
| CSSR | 3,5 | 2,5 | 3,5 | 4,5 |
| DDR | 3,5 | 3 | 4 | 5 |
| Polen | 4,5 | -2 | 1 | 6 |
| Rumänien | 9 | 7 | 9 | 10 |
| UdSSR | 4 | 0,5 | 3,5 | 4,5 |
| Ungarn | 5,5 | 1 | 3,5 | 5,5 |

¹⁾ Im Jahresdurchschnitt.

⁵ Auf einen halben Prozentpunkt gerundet; vorläufige und z. T. geschätzte Angaben.

Bis auf Bulgarien haben alle RGW-Länder für dieses Jahr eine Wachstumsbeschleunigung eingeplant, mit der eine bessere Ausgangsposition für das neue Planjahr fünf 1981/85 angestrebt wird. Die Produktivität soll stärker als 1979 steigen, allerdings meist mit einer geringeren Rate, als im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1978 erzielt werden konnte.

Tabelle 3

Anteil der Industrie und der Landwirtschaft am produzierten Nationaleinkommen und an der Beschäftigung¹⁾ 1978
in vH

| | Nationaleinkommen | | Beschäftigung ²⁾ | |
|-----------|-------------------------|------------------------------|-----------------------------|------------------------------|
| | Industrie ³⁾ | Landwirtschaft ⁴⁾ | Industrie ³⁾ | Landwirtschaft ⁴⁾ |
| Bulgarien | 65 | 18 | 51 | 30 |
| CSSR | 73 | 8 | 60 | 18 |
| DDR | 68 | 10 | 63 | 13 |
| Polen | 65 | 16 | 45 | 36 |
| Rumänien | 74 | 16 | 48 | 37 |
| UdSSR | 62 | 18 | 50 | 27 |
| Ungarn | 58 | 16 | 52 | 26 |

1) Im Jahresdurchschnitt. - 2) Im produzierenden Bereich. - 3) Einschließlich Bauwirtschaft. - 4) Einschließlich Forstwirtschaft
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des RGW 1979

In fast allen Ländern sind 1979 bestimmte Reformmaßnahmen durchgeführt worden, die einen effizienteren Einsatz von Arbeit, Kapital und Rohstoffen herbeiführen sollen. Dazu zählen neue Plankennziffern (Einführung von Nettogrößen), Verbesserungen der Kostenrechnung der Betriebe und Anreize zur Erhöhung der Vertragsdisziplin. Damit soll außerdem die „Rolle des zentralen Planes“ gestärkt, d. h. die zentrale Kontrolle über wichtige Abschnitte des Wirtschaftsablaufs (Investitionen, Preise, Einzelhandel) zurückgewonnen werden.

Landwirtschaft:

Schlechte Getreideernten erhöhen Importbedarf

Charakteristisch für den Agrarbereich war der Rückgang der Bruttoproduktion gegenüber dem Vorjahr. Nur in Bulgarien und in Rumänien wurde eine Steigerung erreicht. Das Gesamtergebnis der Landwirtschaft wurde von dem Rückschlag in der pflanzlichen Produktion geprägt, die tierische Produktion konnte in allen Ländern zumindest bescheidene Zunahmen erreichen.

Eine starke Verminderung der Erträge gab es insbesondere beim Getreide; allerdings war 1978 eine relativ gute Ernte eingebracht worden. Die Sowjetunion erntete 1979 mit 179 Mill. t um ein Viertel weniger Getreide als ein Jahr zuvor. In den übrigen RGW-Ländern fiel die Ernte mit 75 Mill. t um 9 vH zurück. Von der Mißernte waren insbesondere Polen (- 22 vH) und die CSSR (- 17 vH) betroffen. Der für 1976/80 geplante Durchschnittswert liegt bei

knapp 90 Mill. t, im Durchschnitt der Jahre 1976/79 wurden aber nur 79 Mill. t geerntet. Das Zurückbleiben der Getreideproduktion bremst zunehmend die Entwicklung der tierischen Veredelungsproduktion.

Seit Mitte der 70er Jahre wächst der Umfang der Netto-Getreideimporte der RGW-Länder. In Polen sah der Plan für 1979 bereits Einfuhren in Höhe von 6 Mill. t vor; sie müssen jetzt auf über 10 Mill. t veranschlagt werden. Die CSSR hat im vergangenen Kalenderjahr 2 Mill. t importiert⁶⁾; im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1978 waren es 1,2 Mill. t. In der selben Zeit führte die DDR durchschnittlich 3,2 Mill. t ein, wegen der niedrigen Getreideernte dürften die Einfuhren 1979 - ähnlich wie in der CSSR - darüber liegen.

Tabelle 4

Produktion ausgewählter landwirtschaftlicher Erzeugnisse
in Mill. t

| | 1971 ¹⁾ - 1975 ¹⁾ | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 ²⁾ |
|-------------|--|-------|-------|-------|--------------------|
| Getreide | | | | | |
| Bulgarien | 7,5 | 8,6 | 7,7 | 7,6 | 8,4 |
| CSSR | 9,4 | 9,2 | 10,5 | 11,1 | 9,2 |
| DDR | 8,8 | 8,2 | 8,8 | 9,9 | 9,0 |
| Polen | 21,2 | 21,1 | 19,6 | 21,8 | 17,3 |
| Rumänien | 15,0 | 19,9 | 18,7 | 19,1 | 19,3 |
| Ungarn | 11,5 | 11,5 | 12,4 | 13,5 | 12,0 |
| RGW(6) | 65,9 | 78,5 | 77,7 | 83,0 | 75,2 |
| UdSSR | 181,6 | 223,8 | 195,7 | 237,2 | 179,0 |
| RGW(7) | 247,5 | 302,3 | 273,4 | 320,2 | 254,2 |
| Kartoffeln | | | | | |
| Bulgarien | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 |
| CSSR | 4,6 | 4,2 | 3,8 | 4,0 | 3,7 |
| DDR | 10,8 | 6,8 | 10,3 | 10,8 | 12,7 |
| Polen | 47,1 | 50,0 | 41,3 | 46,6 | 49,6 |
| Rumänien | 3,4 | 4,8 | 4,2 | 4,5 | 4,1 |
| Ungarn | 1,6 | 1,4 | 1,7 | 1,8 | 1,4 |
| RGW(6) | 67,8 | 67,6 | 61,7 | 68,1 | 71,9 |
| UdSSR | 89,9 | 85,1 | 83,7 | 86,1 | 90,3 |
| RGW(7) | 157,7 | 152,7 | 145,4 | 154,2 | 162,2 |
| Zuckerrüben | | | | | |
| Bulgarien | 1,7 | 2,3 | 1,8 | 1,6 | . |
| CSSR | 6,9 | 5,2 | 8,2 | 7,4 | 7,9 |
| DDR | 5,5 | 5,0 | 7,4 | 6,8 | 6,8 |
| Polen | 13,8 | 15,1 | 15,9 | 15,7 | 14,2 |
| Rumänien | 4,8 | 6,9 | 6,2 | 5,8 | 6,0 |
| Ungarn | 3,1 | 3,9 | 3,9 | 4,2 | 3,9 |
| RGW(6) | 35,8 | 38,4 | 43,4 | 41,5 | . |
| UdSSR | 76,0 | 99,9 | 93,1 | 93,5 | 76,0 |
| RGW(7) | 111,8 | 138,3 | 136,5 | 135,0 | . |

1) Im Jahresdurchschnitt. - 2) Vorläufige Angaben.
Quellen: Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des RGW, verschiedene Jahrgänge und für 1979 Planerfüllungsberichte.

⁶⁾ Vgl. Hospodářské noviny Nr. 6 vom 8. 2. 1980.

Den umfangreichsten Einfuhrbedarf von etwa 30 bis 35 Mill. t hatte nach der Mißernte des Jahres 1979 die Sowjetunion. Ursprünglich sollten die USA 25 Mill. t in die Sowjetunion liefern. Nach dem Teil-embargo für Getreidelieferungen wurde diese Menge auf die im langfristigen Vertrag zugestandenen 8 Mill. t reduziert. Aufgrund von Lieferungen aus anderen Ländern dürfte die Wirkung des Embargos aber nur sehr begrenzt sein⁷. Außerdem dürfte die Sowjetunion – um Futtergetreide einzusparen – auf vermehrte Importe von Fleisch- und Fleischprodukten sowie Butter zurückgreifen. Unumstritten jedoch hat der amerikanische Lieferstopp zu einer Aufwertung der sowjetischen Agrarentwicklungspläne geführt. Zur Realisierung des im Sommer 1978 beschlossenen Zehnjahresprogramms werden nunmehr verstärkt Kräfte mobilisiert.

Im Zusammenhang mit der angespannten Lage in der Landwirtschaft hat sich eine relativ duldsame Haltung der politischen Führung gegenüber dem privaten Sektor durchgesetzt, der – außer in Polen – auf sogenannte Hof- und Nebenwirtschaften (in der Regel 0,5 ha Nutzfläche) beschränkt ist. Der Beitrag dieser Kleinproduzenten zur Bruttoagrarpromotion ist relativ hoch; er liegt in Rumänien und Bulgarien bei etwa einem Drittel, in der Sowjetunion und in Ungarn bei rund einem Viertel; in der DDR und CSSR beträgt er allerdings weniger als 10 vH.

Spürbare Verlangsamung der Investitionstätigkeit

Mit der Abschwächung bzw. Stagnation des Wirtschaftswachstums und der spürbaren Verschlechterung der Terms of Trade – von der nur die Sowjetunion nicht betroffen ist – hat sich der Spielraum für die Verwendung des Nationaleinkommens in den RGW-Ländern erheblich eingeengt. Das hat vor allem bei der Zuteilung der Investitionsmittel voll durchgeschlagen: Mit Ausnahme Polens lag die Zuwachsrates in den übrigen RGW-Staaten 1979 unter dem Plan. In Polen gingen die Investitionen zwar absolut zurück, aber weniger stark als im Plan vorgesehen. Für 1980 sehen Polen und Ungarn eine Kürzung um 2 vH bzw. um 4 bis 5 vH vor.

Wie schon seit vielen Jahren betonen auch diesmal die Wirtschaftsführungen, daß sich der Einsatz der Investitionen auf solche Objekte konzentrieren solle, die bereits begonnen sind und möglichst noch im laufenden Jahr fertiggestellt werden können. Ein weiterer, allen RGW-Staaten gemeinsamer Investitionsschwerpunkt ist die „Modernisierung und Rekonstruktion“ vorhandener Anlagen.

Die mäßige Gesamtentwicklung schließt einen markanten Investitionsanstieg in bestimmten Bereichen nicht aus. Vor allem werden die Energieerzeugung und die Infrastrukturbauten als besonders zu fördernde Bereiche genannt. Ein weiterer Engpaß

und daher Planungsschwerpunkt im gesamten RGW-Bereich ist die Wohnraumversorgung. Selbst die DDR mit dem größten Wohnflächenbestand je Einwohner hat den Wohnungsbau zum „Kernstück“ ihres sozialpolitischen Programms erklärt. In Polen gilt die Wohnungswirtschaft trotz der kritischen Gesamtlage als das „Problem Nr. 1“. Die ehrgeizigen Neubaupläne konnten hier wie in den meisten anderen osteuropäischen Ländern jedoch auch im abgelaufenen Jahr nicht erfüllt werden. Das Ausmaß der finanziellen Belastungen durch die Wohnungsbauprogramme stellt die Staatshaushalte der meisten Länder vor kaum zu lösende Probleme, so daß der private Bau von Eigenheimen und der genossenschaftlich – eventuell mit staatlicher Hilfe – finanzierte Bau von Eigentumswohnungen immer stärker propagiert wird, am deutlichsten in Ungarn und Polen.

Preissteigerungen drosseln Kaufkraftzuwachs

Die Wachstumsabschwächung schlug sich in unterschiedlicher Weise in der Reallohnentwicklung nieder. In drei Ländern ging der Reallohn zurück, in den anderen Ländern wurden nur mäßige Steigerungsrates erzielt⁸. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Lohn- und Preisentwicklungen ergeben sich für 1979 folgende Änderungen gegenüber dem Vorjahr (in vH):

| | Preisindex der Lebenshaltung | Löhne und Gehälter nominal | real |
|-----------|------------------------------|----------------------------|-------|
| Bulgarien | 4,0 | 3,2 | - 0,8 |
| CSSR | 3,0 | 2,6 | - 0,4 |
| DDR | – | 3,5 | 3,5 |
| Polen | 6,7 | 8,7 | 1,9 |
| Rumänien | 2,5 | 4,8 | 2,2 |
| UdSSR | – | 2,2 | 2,2 |
| Ungarn | 9,0 | 7,7 | - 1,2 |

Quelle: The Economic Survey of Europe in 1979, a.a.O., S. 126 und Table 5.3.

Das Ausmaß der Preissteigerungen im privaten Sektor war 1979 in einigen RGW-Ländern recht erheblich. In Bulgarien traten im November 1979 beträchtliche Verteuerungen für Grundnahrungsmittel in Kraft, die bei Fleisch 45 vH erreichten. In Ungarn will die Wirtschaftsführung mit den Preisanhebungen die internationalen Knappheitsrelationen auf

⁷ Nach jüngster Schätzung des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums wird die UdSSR im Wirtschaftsjahr 1979/80, das am 30. Juni endet, insgesamt 30 Mill. t Getreide (einschließlich Mais) aus dem Westen importieren (1978/79: 15,1 Mill. t; 1977/78: 18,4 Mill. t). Vgl. Financial Times vom 16. April 1980.

⁸ Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in der DDR und in der UdSSR keine Preisindizes veröffentlicht werden.

Tabelle 5

Entwicklung und Regionalstruktur des Außenhandels der RGW-Länder

| | Insgesamt | Sozialistische Länder ¹⁾ | OECD-Länder ²⁾ | Entwicklungsländer ³⁾ | Insgesamt | Sozialistische Länder ¹⁾ | OECD-Länder ²⁾ | Entwicklungsländer ³⁾ | |
|----------------|-----------|-------------------------------------|---------------------------|----------------------------------|-----------|-------------------------------------|---------------------------|----------------------------------|-------------------------|
| | | | | | | | | | Mrd. TRb ¹⁴⁾ |
| | Ausfuhr | | | | Einfuhr | | | | |
| Bulgarien 1978 | 5,12 | 79,1 | 10,3 | 10,6 | 5,23 | 81,5 | 15,2 | 3,3 | |
| 1979 | 5,90 | 74,1 | 14,6 | 11,3 | 5,62 | 81,1 | 15,5 | 3,4 | |
| CSSR 1978 | 7,95 | 73,4 | 18,5 | 8,1 | 8,51 | 71,9 | 23,4 | 4,7 | |
| 1979 | 9,16 | 69,8 | 20,8 | 9,4 | 9,47 | 71,0 | 24,1 | 4,9 | |
| DDR 1978 | 9,89 | 74,5 | 19,7 | 5,8 | 10,86 | 69,9 | 25,4 | 4,7 | |
| 1979 | 10,99 | 75,1 | 19,1 | 5,8 | 12,28 | 65,1 | 28,4 | 6,5 | |
| Polen 1978 | 10,05 | 60,7 | 31,3 | 8,0 | 11,46 | 54,1 | 40,2 | 5,7 | |
| 1979 | 11,28 | 62,8 | 31,3 | 5,9 | 12,16 | 54,2 | 37,0 | 8,8 | |
| Rumänien 1978 | 5,52 | 49,0 | 33,7 | 17,3 | 6,09 | 43,7 | 39,1 | 17,2 | |
| 1979 | 6,53 | 50,8 | 33,6 | 15,6 | 7,32 | 44,9 | 39,1 | 16,0 | |
| Ungarn 1978 | 5,90 | 71,2 | 22,5 | 6,3 | 7,19 | 63,4 | 30,1 | 6,5 | |
| 1979 | 7,12 | 69,1 | 24,1 | 6,5 | 7,69 | 65,6 | 28,4 | 6,0 | |
| RGW(6) 1978 | 44,43 | 68,2 | 23,1 | 8,7 | 49,34 | 63,6 | 29,8 | 6,6 | |
| 1979 | 50,98 | 67,4 | 24,2 | 8,4 | 54,54 | 62,7 | 29,7 | 7,6 | |
| UdSSR 1978 | 35,67 | 59,6 | 24,6 | 15,8 | 34,75 | 59,7 | 32,3 | 8,0 | |
| 1979 | 42,43 | 55,7 | 30,2 | 14,1 | 37,88 | 56,7 | 35,2 | 8,1 | |
| RGW(7) 1978 | 80,10 | 64,3 | 23,8 | 11,9 | 84,09 | 62,0 | 30,8 | 7,2 | |
| 1979 | 93,41 | 62,1 | 26,9 | 11,0 | 92,42 | 60,2 | 32,0 | 7,8 | |

1) Albanien, Bulgarien, CSSR, DDR, Kuba, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, UdSSR, Ungarn, Vietnam und VR China.-2) Für die DDR sog. Kapitalistische Industrieländer.-3) Restposten.-4) 1 Transferrubel entsprach 1,47 US-\$ (1973) und 1,53 US-\$ (1979).
 Quellen: Außenhandelsstatistiken und Statistische Monatshefte sowie Planerfüllungsberichte der RGW-Länder.
 Angaben für 1979 vorläufig bzw. Schätzungen.

die ungarische Volkswirtschaft übertragen und die Preise nach und nach den Kosten angleichen.

In den osteuropäischen Ländern ist der Lebensstandard nicht nur eine Funktion von Einkommens- und Preisentwicklung, er wird auch durch Umfang und Qualität des Angebots bestimmt. Die Planerfüllungsberichte aller Länder erwähnen ausdrücklich, daß die kaufkräftige Nachfrage bei einer Reihe von Gütern nicht befriedigt werden konnte. Einige dieser „Defizit“-Waren werden namentlich genannt: Fleisch, Fisch, Geflügel, Butter, Kartoffeln, Baumaterial, Möbel, Baumwollstoffe, PKW, Fahrräder, Kühlschränke, Fernsehgeräte.

Recht unterschiedlich entwickelte sich im abgelaufenen Jahr das Sparverhalten. In einigen Ländern, etwa in der UdSSR und in Polen, setzte sich der Trend der hohen Sparneigung weiter fort, sei es, daß die Sparer für größere Anschaffungen Rücklagen sammeln wollten, sei es, daß sie für ihr Geld kein akzeptables Angebot fanden. Anders in Ungarn, das mit seinem vergleichsweise reichhaltigen Warenangebot der Konsumneigung stärker entgegenkommt. Während die Einkommenszahlungen insgesamt um über 9 vH gestiegen sind, ermöglichte dort

ein verändertes Sparverhalten eine Erhöhung des nominalen Einzelhandelsumsatzes um 11 vH. Nachdem die Spareinlagen 1978 noch um 17 Mrd. Forint expandierten, lag der Zuwachs 1979 nur bei 11 Mrd. Forint. Zu diesem Verhalten könnte auch die Furcht vor einer weiteren Beschleunigung der Inflation beigetragen haben.

Unbestritten, wenn auch nicht quantifizierbar, haben in den letzten Jahren jene wirtschaftlichen Aktivitäten zugenommen, die am Rande oder außerhalb der Legalität stehen. Sie spielen sich an zahlreichen „Parallelmärkten“ ab, an denen solche Waren und Leistungen „gehandelt“ werden, die dem regulären Markt entnommen wurden (Verkäufe unter dem Ladentisch) oder gar nicht erst auf den Markt kommen (Naturaltauschgeschäfte).

Außenhandel:

Wirtschaftliche Probleme verhindern Defizitabbau

Die Expansion des Außenhandels hat sich 1979 sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite beschleunigt fortgesetzt. Wie vorgesehen stiegen — mit Ausnahme von Rumänien und der DDR — die Exporte schneller als die Einfuhren. Handels-

bilanzüberschüsse konnten Bulgarien und die UdSSR verzeichnen. Die übrigen RGW-Staaten schlossen wiederum mit einem Defizit, diesmal in Höhe von insgesamt 3,8 Mrd. TRbl ab, das sind 1 Mrd. TRbl weniger als im Jahr zuvor. Vor allem die ungarischen Bemühungen um Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts waren nach den Fehlschlägen in den vorangegangenen Jahren von Erfolg gekrönt. Der Passivsaldo der Handelsbilanz konnte im Vergleich zu 1978 halbiert werden.

Die Außenhandelspreise entwickelten sich für die osteuropäischen Länder ungünstig. Sie mußten eine Verschlechterung ihrer Terms of Trade um etwa zwei bis drei Prozentpunkte hinnehmen. Lediglich die UdSSR war Nutznießer der überdurchschnittlichen Verteuerung der Rohstoffe.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der RGW-Staaten haben sich auch auf den Außenhandel ausgewirkt. Das vergleichsweise geringe nominale Exportwachstum Polens ist mit auf unzureichende Produktionsleistungen in der Industrie zurückzuführen. Hier stieg die Produktion von Exportgütern – statt wie vorgesehen um 10 vH – nur um 4 vH. Polen wurde 1979 erstmals wertmäßig zum Nettoimporteur von Energie- und Brennstoffen⁹. Das Defizit im Handel mit Agrarerzeugnissen steigt kontinuierlich (1975: 0,3 Mrd. TRbl; 1979: 0,6 Mrd. TRbl). Ungarn konnte aufgrund schlechter Ernteergebnisse seinen Lieferverpflichtungen gegenüber dem RGW bei Agrargütern nicht nachkommen. In zunehmendem Maße erweist sich der Mangel an Transportkapazitäten als ein Hemmfaktor im Intradblockhandel.

Tabelle 6

Defizit (–) bzw. Überschuß (+) der RGW-Länder im Handel mit der UdSSR

| Partnerländer | 1971 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 |
|-----------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | -1974 | | | | | |
| In Mill. TRbl ¹⁾ | | | | | | |
| Bulgarien | + 243 | - 128 | - 88 | - 164 | - 147 | - 139 |
| CSSR | + 163 | - 128 | - 98 | - 243 | + 57 | - 168 |
| DDR | + 615 | - 337 | - 439 | - 595 | - 271 | - 300 |
| Polen | + 142 | - 41 | - 265 | - 324 | + 150 | - 120 |
| Rumänien | + 319 | + 122 | + 60 | + 18 | + 8 | - 10 |
| Ungarn | + 97 | - 43 | - 50 | - 107 | + 34 | - 327 |
| RGW (6) | +1579 | - 555 | - 880 | -1415 | - 169 | -1064 |

1) 1 TRbl entsprach 1,39 US-\$ (1975), 1,33 US-\$ (1976), 1,36 US-\$ (1977), 1,47 US-\$ (1978) und 1,53 US-\$ (1979).
 Quellen: Außenhandelsjahrbücher der UdSSR; Außenhandel (UdSSR), Nr. 3/1980, Beilage.

Im Handel mit den sozialistischen Ländern¹⁰ konnten die kleineren osteuropäischen Staaten insgesamt ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis erzielen. Auch hier stiegen die Importe mit 7 vH deutlich langsamer als die Ausfuhren (11 vH). Ernsthafte Probleme berei-

tet diesen Ländern jedoch die Verteuerung der sowjetischen Rohstoffe. Obwohl z. B. aufgrund der Preisbildungsprinzipien im RGW-Intradblockhandel¹¹ die Erdölpreise stets deutlich – d. h. in den einzelnen Jahren um 20 bis 40 vH – unter den Weltmarktpreisen lagen¹², war es den Staaten nicht möglich, die Verschlechterung ihrer Terms of Trade durch entsprechend höhere Warenlieferungen auszugleichen. Mit Ausnahme von Rumänien, das bisher keine nennenswerten Energierohstoffimporte aus der Sowjetunion getätigt hat, mußten offensichtlich alle Staaten bei der UdSSR Kredite zur Finanzierung der höheren Rohstoffpreise aufnehmen. Das seit 1975 – das erste Jahr der Rohstoffpreiserhöhungen durch die UdSSR – kumulierte Handelsdefizit der osteuropäischen Staaten (ohne Rumänien) gegenüber der Sowjetunion beträgt etwa 4,3 Mrd. TRbl, wovon rund 1 Mrd. im Jahre 1979 anfiel¹³. Dieses Problem wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen.

Im Handel mit den westlichen Industrieländern hatte das Ziel „Verminderung der Neuverschuldung“ oberste Priorität. Dies gilt vor allem für die kleineren RGW-Staaten, deren Nettoschuldenstand Anfang 1979 rund 41 Mrd. Dollar betrug, wofür etwa ein Viertel der laufenden Devisenerlöse als Zinszahlungen aufgewendet werden mußte¹⁴. 1979 stiegen ihre Exporte in die westlichen Industrieländer zwar um 20 vH und damit doppelt so schnell wie die Importe. Diese Entwicklung ist aber in erster Linie auf Preissteigerungen und auf ein schnelleres Anwachsen der Gesamtimporte der OECD-Länder, nicht aber auf verbesserte Marktpositionen der

⁹ Mengenmäßig ergibt sich noch ein geringer Überschuß von 3,5 Mill. t SKE (1975: 10 Mill. t SKE).

¹⁰ Neben den außereuropäischen RGW-Staaten (Mongolei, Kuba, Vietnam) Albanien, Nordkorea und VR China.

¹¹ Die Außenhandelspreise sollen jährlich den durchschnittlichen Weltmarktpreisen der vorangegangenen fünf Jahre angepaßt werden.

¹² Dies ist das Ergebnis einer Modellrechnung. Vgl. dazu: Handel DDR – UdSSR im Zeichen verminderten Wachstums. Bearb.: Jochen Bethkenhagen und Horst Lambrecht. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 7/1980.

¹³ Im Gegensatz zur sowjetischen Außenhandelsstatistik weist Polen gegenüber der UdSSR einen Handelsüberschuß (145 Mill. TRbl) auf, der „zum Teil auf die Verrechnung des dritten Bauabschnitts der Gasleitung Orenburg–sowjetische Westgrenze“ zurückzuführen ist. Vgl. Der polnische Außenhandel 1979 (polnisch). In: Rynek Zagraniczny, Nr. 17/1980. Dies kann als Bestätigung der an dieser Stelle geäußerten Vermutung gelten, daß das geringe Defizit der osteuropäischen Staaten gegenüber der UdSSR im Jahre 1978 auf die Verrechnung der Orenburg-Leitung durch die Sowjetunion zurückzuführen ist (Orenburg-Effekt). Vgl. Zunehmende Wachstumsschwierigkeiten im RGW. Bearb.: Jochen Bethkenhagen, Maria Lodahl, Heinrich Machowski und Maria Elisabeth Ruban. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 20/1979.

¹⁴ Vgl. Vorübergehende Belebung des Ost-West-Handels. Bearb.: Heinrich Machowski. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 42/1979.

Tabelle 7
Defizit der RGW-Länder im Handel mit den westlichen Industrieländern¹⁾

| Berichtsländer | 1971 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 |
|-------------------|-------|-----------------------------|------|------|------|------|
| | -1974 | In Mrd. US-\$ ²⁾ | | | | |
| Bulgarien | 0,6 | 0,8 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,0 |
| CSSR | 0,9 | 0,6 | 0,7 | 0,6 | 0,8 | 0,6 |
| DDR ³⁾ | 2,5 | 1,1 | 1,4 | 1,3 | 1,2 | 2,1 |
| Polen | 3,9 | 3,1 | 3,3 | 2,5 | 2,1 | 1,5 |
| Rumänien | 0,9 | 0,4 | 0,0 | 0,4 | 0,8 | 1,0 |
| Ungarn | 1,0 | 0,6 | 0,5 | 0,7 | 1,2 | 0,7 |
| RGW(6) | 9,9 | 6,6 | 6,3 | 5,9 | 6,5 | 5,9 |
| UdSSR | 2,1 | 5,0 | 4,4 | 2,4 | 3,6 | 0,8 |
| RGW(7) | 12,0 | 11,5 | 10,7 | 8,3 | 10,1 | 6,7 |

1) OECD-Länder; für die DDR sog. Kapitalistische Industrieländer -
 2) 1 US-\$ entsprach 0,722 TRbl (1975), 0,754 TRbl (1976), 0,737 TRbl (1977), 0,681 TRbl (1978) und 0,655 TRbl (1979) -3) Einschli. innerdeutscher Handel

Quellen: Außenhandelsstatistiken und Statistische Monatshefte sowie Planerfüllungsberichte der RGW-Länder Angaben für 1979 vorläufig bzw. Schätzungen

sich hier für 1980 auf 7,5 Mrd. US-Dollar¹⁵⁾; das sind rund 40 vH mehr, als 1979 im Warenverkehr mit den OECD-Ländern an Exporterlösen erzielt werden konnte.

Kräftig profitiert hat die Sowjetunion von der erneuten Rohstoff- bzw. Mineralölhaushalt. Ihre Exporte in westliche Industrieländer erhöhten sich auf Basis TRbl um 46 vH (Importe: + 19 vH). Damit konnte sie ihr Defizit auf knapp 1 Mrd. US-Dollar reduzieren (1978: 3,6 Mrd. US-Dollar); allein im Handel mit den USA betrug das sowjetische Defizit 3 Mrd. US-Dollar. Aufgrund der Goldverkäufe in Höhe von etwa 4 Mrd. US-Dollar brauchte die Sowjetunion wiederum keine Kredite auf westlichen Märkten aufzunehmen.

Die außenwirtschaftlichen Belastungen zwingen die kleineren RGW-Staaten auch weiterhin, Exportüberschüsse zu erwirtschaften. Damit ist der verbleibende Spielraum für Investitionen und Verbesserungen des Lebensstandards wiederum sehr eng. Da das Wirtschaftswachstum in den westlichen Industrieländern langsamer sein wird als im Jahr zuvor, können die Aussichten auf Realisierung des Zahlungsbilanzziels nicht sehr günstig eingeschätzt werden. Die wirtschaftlichen Probleme der RGW-Staaten dürften sich vor diesem Hintergrund eher verschlimmern.

¹⁵⁾ Nach Angaben des stellvertretenden polnischen Finanzministers beträgt die Zinslast 1,8 Mrd. US-Dollar, die Tilgung 5,8 Mrd. US-Dollar. Dem stehen erwartete Exporterlöse von 8,6 Mrd. US-Dollar gegenüber. Vgl. Handelsblatt vom 26./27. 4. 1980.

RGW-Staaten zurückzuführen. So war die polnische Exportsteigerung zu rund 90 vH das Ergebnis von Preiserhöhungen. Insgesamt hat sich das Defizit der osteuropäischen Staaten (ohne UdSSR) nur geringfügig, nämlich um 0,5 Mrd. auf 5,7 Mrd. US-Dollar, vermindert. Allein Bulgarien konnte einen Ausgleich von Einfuhr und Ausfuhr erzielen. Die Nettoschulden dieser Länder dürften auf 48 Mrd. US-Dollar gestiegen sein. Besonders schwierig ist die Situation für Polen geworden. Der Finanzierungsbedarf beläuft

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von Doris Cornelsen, Heinrich Machowski und Karl-Ernst Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Herbert Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktregionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Hans-Joachim Ziesing.

Verteilungs- und familienpolitische Aspekte der Pläne zur Rentenreform 1984. Bearbeitet von Ellen Kirner. —

Zur Wirtschaftslage im RGW: Erneute Wirtschaftsabschwächung engt Spielraum für Lebensstandardverbesserungen ein.

Bearbeitet von Jochen Betkenhagen, Maria Lodahl, Heinrich Machowski, Maria Elisabeth Ruban.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.